

# Wirtschaft ohne politische Heimat?

**WAHLKAMPF-EINBLICKE** MIT-Bundesvorstand Josef Schlarmann berichtet aus Berlin

Ollsen (cpa). Der Wahlkampf ist eröffnet. Die Parteien versprechen in ihren Programmen Wohltaten für Eltern, Rentner, Mieter. Und die Wirtschaft? Die ist wenig begeistert, fühlt sich von den großen Parteien nicht mehr vertreten.

Über Ursachen und Auswirkungen dieser Entwicklung referierte der Bundesvorsitzende der Mittelstandsver-

einigung (MIT) der CDU, Josef Schlarmann, beim MIT-Kreisverband Harburg-Land. So setze Rot-Grün auf Steuererhöhungen, mehr Arbeitsmarktregulierung, Mindestlohn und -rente. „Das trägt die Wirtschaft nicht mit“, so Schlarmann. Doch das Programm der CDU komme bei der Wirtschaft nicht besser an – zwar wolle die Union

keine Steuern erhöhen, aber ebenfalls Lohnuntergrenzen sowie Mütter, Eltern und Rentner unterstützen – ohne die Finanzierung dafür zu erläutern. „Der Mittelstand hat keine politische Heimat mehr“, hätten die Wirtschaftsverbände dazu geäußert.

Davon abgesehen, führe die Angleichung der Regierungsprogramme der großen Parteien nicht dazu, dass Wähler hinzugewonnen würden, stattdessen profitierten die kleinen Parteien.

„Es gibt für einen Politiker nichts Schöneres als die Rolle des Retters.“

**Josef Schlarmann**  
MIT-Bundesvorsitzender

Dass Staat und Wirtschaft sich heute nicht mehr als Partner gegenüberstehen, sei Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise. „Davor galt die Devise: Wohlstand für alle durch weniger Staat und mehr Markt. Die Liberalisierung bei der Telekommunikation hat zum Beispiel Modernisierung und neue Entwicklungen er-

möglicht, die des Strommarktes sollte das Oligopol der ‚großen Vier‘ entmachten“, so Schlarmann. Nur bei den Finanzmärkten habe die Deregulierung das Gegenteil bewirkt: „Sie führte zur Wirtschaftskrise und in der Folge zur Schulden- und Eurokrise.“

„Das Vertrauen in die Märkte hat gelitten. Die Mehrheit der Bevölkerung ist heute wieder für mehr Staat und weniger Markt. Sie sehen die Wirtschaft nicht mehr als Garant für Wohlstand, sondern als einen Verein zur Privilegierung einiger Weniger. Der Staat soll regulierend eingreifen, der Verlust von Freiheit ist für die Menschen kein Thema, weil sie glauben, dass auch davon nur die Privilegierten betroffen wären.“ Die Politik übernehme nun die ihr zuge dachte Retter-Rolle: „Und es gibt für einen Politiker nichts Schöneres.“

Die MIT sehe sich im Wahlkampf vor allem als Aufklärer: „Wir warnen vor den Folgen der rot-grünen Politik, üben aber auch Kritik an den Plänen der Union, soweit sie gegen Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft verstoßen“, sagte der Bundesvorsitzende.



Auf Einladung von Kreis-Chef Wilfried Uhlmann (rechts) referierte Josef Schlarmann in Ollsen.

Foto: cpa